



Update Repräsentation und Beteiligung

Krise der Demokratie

Was ist, wenn die von repräsentativen VertreterInnen getroffenen Entscheidungen nicht mehr als demokratisch legitim akzeptiert werden? Stellen mehr oder weniger informelle „Beteiligungsprozesse“ die Strukturen demokratischer Repräsentation in Frage oder ergänzen sie diese sinnvoll? Diese Fragen standen im Zentrum einer Tagung zu „Repräsentation und Beteiligung“ in der Bremer Heinrich-Böll-Stiftung.

Offensichtlich gibt es eine Krise der Demokratie, erklärte auf der Bremer „Update“-Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung der Hamburger Politikwissenschaftler **Elmar Wiesendahl**: Nicht das Schumpetersche Modell der Eliten-Demokratie sei nach 1945 der Maßstab für demokratische Zustände in Deutschland geworden, sondern der Gedanke, dass sich die aktiven Bürger in Parteien organisieren (können) und damit die politischen Optionen, die zur Wahl stehen, repräsentativ sind für die politischen Optionen im Wahl-Volk. Aber, so Wiesendahl, es gibt heute nicht nur einen dramatischen Wählerschwund, sondern auch einen erheblichen Mitgliederschwund in den Parteien – und damit Vertrauensschwund in das Modell der Parteiendemokratie. Der „Chor der Parteien“ habe einen deutlichen „Oberklassenakzent“, formulierte Wiesendahl, Parteien sprechen nicht mehr für die Wählerschaft. Die Parteien seien zudem geradezu zu „cheerleading“-Institutionen der BerufspolitikerInnen geworden, die vom Staat alimentiert werden und kaum noch auf die Mitgliedsbeiträge ihrer „Basis“ angewiesen seien.

Politische Parteiprogramme schielen auf die „Mitte“, sie verschleiern mögliche Interessenpositionen und bedienen sich derselben Schlüsselworte – vom „Wohlstand für alle“ bis neuerdings zur Nachhaltigkeit, so Wiesendahl: „Wähler können am Wahltag nicht mehr bindewirksam entscheiden“, die Einbindung in supranationale Institutionen und globale Kräfte des Marktes lassen zudem nur einen schmalen „Korridor für marktkonforme Demokratie“ offen.

Wenn dieser Korridor durch partizipatorische Prozesse angefüllt wird, so könnte man im Sinne Wiesendahls argumentieren, wird das Gefühl des Gehörtwerdens (Winfried Kretschmann) gestärkt, nicht tatsächliche Einfluss auf zu entscheidende Machtfragen.

Um die geht es aber bei der Demokratie, unterstrich der Bremer Sozialwissenschaftler **Frank Nullmeier**, nicht um gefühlte Beteiligung. Demokratie ist mehr als ein Veto-Recht, also die Chance, dass nach einer Entscheidung der Protest gehört wird. Es könne auch nicht um plebiszitäre Befragung „von oben“ gehen, die immer in der Gefahr stehe, als bonapartistische Akklamation missbraucht zu werden. Kriterium der Demokratie sei nicht das gute Ergebnis, zitierte Nullmeier die italienisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin Nadia Urbinati, sondern die Prozedur auf Basis politischer Gleichheit. Darin wäre das Prinzip der Repräsentation jedenfalls dem der „Beteiligung“ überlegen, jedenfalls von der normativen Idee her.

Der Tübinger Politikwissenschaftler **Winfried Thaa** erläuterte, dass der tiefere Grund für die Krise der Demokratie nicht im „zuviel“ an Repräsentation im Verhältnis zu anderen Beteiligungsformen liege, sondern an Defiziten der Repräsentation: Repräsentation soll etwas auf die Bühne bringen, formulierte er mit Ernst Fraenkel. Erst wenn gesellschaftliche Konflikte in die Sphäre der Repräsentation übersetzt würden, könnten sie auf einer Bühne unter Gleichen diskutiert und kompromissfähig verhandelt werden. Repräsentation soll symbolische Bezugssysteme schaffen, soll die von ihnen repräsentierten Interessen einbringen in einen Rahmen von Deutungsmustern, Zielvorstellungen und Wertorientierungen und so auf die gesellschaftliche Meinungsbildung zurückwirken. Soweit die repräsentative Demokratie diese „konfigurative Funktion“ nicht erfüllt, spricht Thaa von einer Krise moderner Demokratien. Informelle „Beteiligungsverfahren“ können das nicht ersetzen.

In der Debatte der Tagung bezeichnete der frühere Bremer Sozial-Staatsrat **Hans-Christoph Hoppensack** dies als Defizit in der Aufführungsdimension der Demokratie: Die „großen Fragen“ finden in der Politik nicht mehr statt, die konkreten kleinen Themen werden nicht mehr in große Linien eingeordnet.

Die Bremer Bürgerschaftsabgeordnete **Marie Hoppe** formulierte das Problem aus ihrer Sicht als betroffene Berufspolitikerin: Die Menschen fühlen sich

„abgehängt“ von dem politischen Prozess auf den Bühnen der Repräsentation. Sie empfiehlt daher den BerufspolitikerInnen, sich auch als „Moderatoren“ zu verstehen, also zuzuhören und nicht nur „um die eigenen Ideen zu kreiseln“. Um Interessen vertreten zu können, müssten PolitikerInnen diejenigen, um deren Interesse es gehe, „beteiligen“, und das nicht nur informell: In wesentlichen Streitfragen befürwortete sie verbindliche Volksabstimmungen.

Stärken also die Verfahren der Bürgerbeteiligung die repräsentative Demokratie, fragte der Fraktionsvorsitzende der Bremer Grünen **Matthias Güldner**. Und er unterstrich gleichzeitig, dass bei aller Rede über die „Krise der Demokratie“ keine nostalgische Verklärung der 1950er und 1960 Jahre stattfinden sollte: Nichts war damals besser in Sachen Demokratie.

Vor allem die Ansprüche des „Gehörtwerdens“ haben sich seitdem potenziert, „mehr Demokratie“ ist eine Erwartungshaltung, für die es bisher keine verbindlichen Verfahrensregeln gibt. Übrigens auch innerparteilich nicht: Die SPD experimentiert hin und wieder erfolgreich mit Mitgliederabstimmungen, berichtete die Politikberaterin **Miriam Weigand** von der Stiftung Supervision - allerdings nur zu weitgehend vorher festgelegten, alternativlosen Fragen. Regelmäßige online-Befragungen der Mitglieder, wie sie Wiesendahl sie fordert, traut sich die Partei, die programmatisch das „mehr Demokratie wagen“ erfunden hat, nicht zu.

Die Gefechtslage zwischen demokratischer Repräsentation und Beteiligung scheint noch unübersichtlich. Auch wenn Protest-Bewegungen meist nur konkrete Verwaltungsentscheidungen angreifen, unterminieren sie das Vertrauen und die Weisheit der gewählten Repräsentanten und deren „konfigurative“ Kompetenz und damit das symbolische Bezugssystem der Repräsentation. Ein friedliches Mit-, Neben – oder gar Ineinander kann es auf dieser Ebene nicht zu geben. Nullmeier verwies gleichzeitig am Beispiel Kalifornien darauf, dass finanzstarke Lobbyisten sich der Instrumente von partizipativer Demokratie bedienen können, um die Arbeit der repräsentativ legitimierten Institutionen zu blockieren.

Die ReferentInnen:

Antonia Grunenberg, Professorin für Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Politische Theorie und Politische Kultur und Leiterin des "Hannah Arendt-Zentrums und Archivs" an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Mitglied des Vorstands des „Hannah-Arendt-Preis für Politisches Denken e.V.“

Marie Hoppe, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Sprecherin der Grünen für Bürgerbeteiligung, Bürgerschaftliches Engagement, Beirats- und Petitionsangelegenheiten

Lothar Probst, Professor für Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Demokratietheorie, Parteien und Wahlforschung, Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung und Geschäftsführer des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien am Fachbereich 8 der Universität Bremen

Dian Schefold, Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Bremen mit den Schwerpunkten Kommunalrecht, Selbstverwaltung, Föderalismus und Parteienrecht.

Frank Nullmeier, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen mit den Schwerpunkten Politische Theorie, Sozialpolitikforschung, Transformationen des Staates und Legitimationsforschung, Leiter der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" des Zentrums für Sozialpolitik

Winfried Thaa, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Trier mit den Forschungsschwerpunkten Demokratietheorie, Denken Hannah Arendts und Repräsentation schwacher Interessen, von 2004-2012 Leitung des Teilprojekts „Formen und Funktionsweisen politischer Repräsentation von Fremden und Armen in der Bundesrepublik Deutschland“ im Rahmen des SFB 600 "Fremdheit und Armut"

Mirjam Weigand, Organisationsberaterin und Geschäftsführerin der Stiftung Supervision, Autorin von „Das Ende der Mitgliederpartei? Parteien im Zwang zwischen Partizipationswünschen und effizienter Steuerung.“ (2013)

Thomas Lecke-Lopatta, Stadtplaner und Ansprechpartner für den Flächennutzungsplan beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Hilmar Westholm, habilitierter Sozialwissenschaftler und freier Mitarbeiter beim Hamburg Institut mit den Schwerpunkten Politische Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung, früherer Umwelt- und Verkehrspolitiker in der Kom-

municipalpolitik und Mitarbeit in Projekten zur Internetnutzung in politischen Prozessen

Hans-Christoph Hoppensack, Jurist, Sozial-Staatsrat a.D., Vorstand der Bürgerstiftung Bremen

Matthias Güldner, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Fraktionsvorsitzender der Grünen, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission und im Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut im Land Bremen

Elmar Wiesendahl, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Parteienforschung an der Universität der Bundeswehr München, Geschäftsführer der Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg

Tim Weber, Geschäftsführer des Landesverbandes Bremen von Mehr Demokratie e.V., Mitinitiator mehrerer Volksbegehren, unter anderem 1995 zur Einführung des Bürgerentscheids in Bayern.

Julian Petrin, Stadtplaner, Moderator und Autor, Gründer des partizipativen Think Tanks Nexthamburg und des Stadtplanungsbüros urbanista, aktuell Gastprofessur zu Stadtentwicklung und Stadtmanagement an der Universität Kassel

Jan-Hendrik Kamlage, Postdoc im Projekt „DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen“ am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI), Forschungsschwerpunkte: Evaluation politischer Beteiligungsprozesse, Demokratietheorie, Bürgerbeteiligung und freiwilliges Engagement

Moderation: **Peter Rüdell**, Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung Bremen
Bericht: **Klaus Wolschner**